



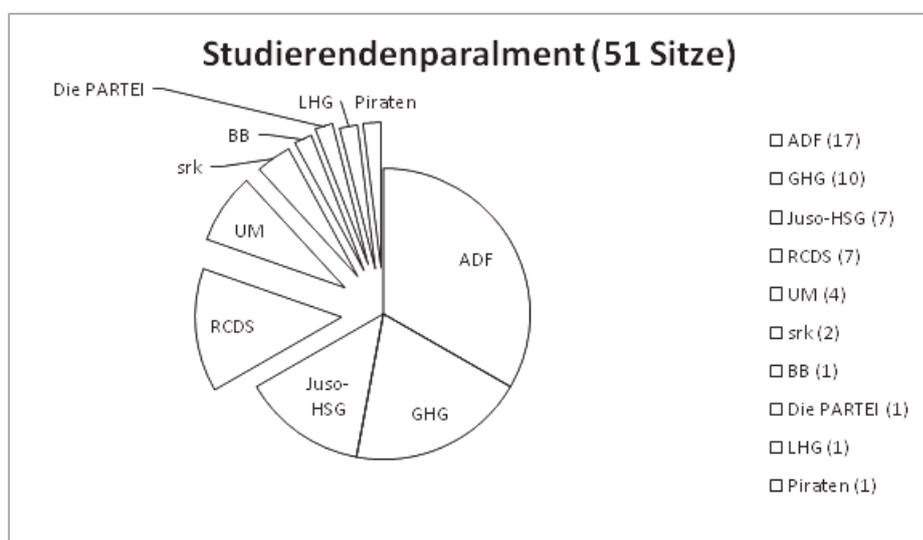
rot!ation

Publikation der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Neuer AStA steht: Wieso, weshalb, warum? ADF, GHG und Juso-HSG bilden Koalition

Auf der vertagten konstituierenden Sitzung des Studierendenparlamentes wurde am letzten Donnerstag die neue AStA-Koalition aus Grüner Hochschulgruppe (GHG), Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG) und Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF) gewählt. Mit der Wahl der Referent*innen ist wieder ein handlungsfähiger AStA im Amt, um die Interessen der Studierenden zu vertreten. Zusätzlich zu den von uns gestellten Außen- und Finanzreferat werden wir uns mit Sachbearbeiter*innen-Stellen aktiv im Sozialreferat einbringen sowie uns an gemeinsamen Großprojekten des AStAs beteiligen.

Nach zwei Jahren linkem AStA mit Beteiligung der Juso-HSG stellt sich die Frage, wie es zu dieser Koalition kam? Nach der Wahl waren zunächst alle ratlos. Die Augusta betitelte ihre Ausgabe zu Recht mit: „Zu früh gefreut“. Einen linken AStA würde es nicht mehr geben – das war klar. Im Studierendenparlament war dafür keine Mehrheit mehr gegeben. Aber auch die bereits mehrfach zustande gekommene ADF-RCDS-Koalition hatte keine Mehrheit. Wir entschlossen uns daher, auf erste Gesprächsangebote verschiedener Gruppen einzugehen. Relativ schnell kristallisierte sich heraus, dass GHG, Juso-HSG und ADF ihre Gespräche fortführen und vertiefen würden. Zwar waren es für alle Beteiligten nervenaufreibende Wochen, in denen sich Tatsachen auch schnell von einer Sekunde zur ande-



ren änderten, dennoch konnten GHG und Juso-HSG viele wichtige und für eine Koalition grundlegende Punkte durchsetzen.

Der Entschluss, diese Koalition einzugehen, ist zum einen damit zu begründen, dass die von uns in den letzten zwei Jahren geschaffenen Strukturen (zum Beispiel das Stilbrvch) erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden sollen, zum anderen damit, dass wir uns weiterhin aktiv für die Belange der Studierenden einsetzen möchten. Die Umsetzung dieser beiden Punkte wäre in der Opposition nur schwer möglich gewesen.

Wir stehen für einen AStA, der im Konsensprinzip Entscheidungen trifft und gleichberechtigte Zusammenarbeit ermöglicht. Weiterhin bleiben der aktive Kampf gegen Rechts, die

Gleichstellung im Wissenschaftsbereich und innerhalb der Gesellschaft, Ökologie und Nachhaltigkeit sowie das Eintreten gegen jegliche Diskriminierung Themenschwerpunkte des neuen AStA. Auch wenn es im neuen AStA nicht für jeden Themenkomplex ein einzelnes Referat gibt, die Themen bleiben erhalten und können durch eine breitere Aufstellung des Referats für Politische Bildung bearbeitet werden. Im Außenreferat wollen wir an die positive Arbeit des letzten Jahres anknüpfen: Langzeitstudiengebühren müssen weg und allgemeine Studiengebühren schnellstmöglich abgeschafft werden! Hier gilt: Wir müssen der rot-grünen Landesregierung von Anfang an auf die Füße treten, um unsere student-

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

schen Belange durchzusetzen. Im Finanzreferat stehen wir weiterhin für maximale Transparenz und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den Geldern der Studierendenschaft. Unser Kernthema bleibt aber die Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit an der Hochschule und in der Gesellschaft. Im Sozialreferat wollen wir das Betreuungsangebot, insbesondere am Nord-Campus, intensivieren. Weitere Themen, für die wir uns stark machen, sind ein eltern- und altersunabhängiges BAföG und eine angemessene Erhöhung der BAföG-Sätze.

Bericht aus dem StuPa

Auf seiner konstituierenden Sitzung am 27. Februar wählte das Studierendenparlament (StuPa) zunächst ein neues Präsidium, bestehend aus Thore Iversen (ADF), Simon Jonski (Piraten-HSG) und Hai Ha Vu Thi (GHG). Danach wurde die Sitzung jedoch vertagt, da zu diesem Zeitpunkt die Verhandlungen über eine zukünftige AStA-Koalition noch nicht abgeschlossen waren. Die Vertagung der Sitzung ist uns dabei nicht leicht gefallen, weil so zum Beispiel die Hochschulinformationstage und die Begrüßung des Studium International ohne die Studierendenvertretung stattfinden mussten. Wir haben ihr aber zugestimmt, weil wir keine realistische Chance sahen, am 27. Februar einen handlungsfähigen AStA zu wählen. Am Donnerstag, den 7. März wurde die Sitzung fortgesetzt. Vor den eigentlichen AStA-Wahlen, stand die Einrichtung von Referaten auf der Tagesordnung. Nur die Referate für Vorsitz, Finanzen, Soziales, Außen und Hochschulpolitik sind zwingend notwendig. Die Juso-HSG hatte als einzige Hochschulgruppe die Einrichtung der Referate für Politische Bildung, Transparenz und Öffentlichkeit sowie Kultur beantragt, die alle mit großer Mehrheit angenommen wurden.

Bei der Wahl der Referent*innen gab es dann keine großen Komplikationen mehr, da es auch kaum Gegenkandidaturen gab. Nur Hans-Werner Hilses (Basisgruppen) Kandidatur für den Vorsitz kann Ernsthaftigkeit un-

terstellt werden. Ansonsten kandidierten unter anderem auf Vorschlag von srk ein Plüschaffe für Finanzen und Alex Steffens (Piraten-HSG) mit einem Vortrag über das Bierbrauen. Einzig die Vorsitz-Kandidatin Josephin Lublow (ADF) musste in den zweiten Wahlgang. Von der Juso-HSG wurden Benjamin Söchtig zum Finanzreferenten und Silke Hansmann zur Außenreferentin gewählt. Die weiteren Referent*innen sind: Hochschulpolitik: Annika Nitschke (ADF), Soziales: Elena Hammoud (ADF), Kultur: Maj Sundqvist (GHG), Politische Bildung: Simon Sutterlütti (GHG). Das Referat für Transparenz und Öffentlichkeit bleibt zunächst unbesetzt und wurde auf die nächste StuPa-Sitzung vertagt. Diesen Aufgabenbereich übernehmen die Angehörigen des AStA daher zunächst als Team. Um ca. 4 Uhr morgens endet die konstituierende StuPa-Sitzung dann, nachdem schnell noch die Stellvertretungen für Vorsitz und Finanzen bestimmt waren.

Hauptaugenmerk für uns: Der AStA behält sein politisches Mandat. Sowohl Juso-HSG als auch GHG haben dies in den Koalitionsverhandlungen mit der ADF durchgesetzt. Ein AStA hat gesetzlich geregelt die Aufgabe, das politische Bildungsangebot der Studierenden zu erweitern, daher markiert die Thematisierung und Auseinandersetzung mit allgemeinpolitischen Inhalten einen wichtigen Grundstein für die Zusammenarbeit in der neuen Koalition.

Die Juso-HSG freut sich auf ein weiteres Jahr spannender und konstruktiver Zusammenarbeit!

Impressum

Auflage: 1000
V. i. S. d. P.: Vincent Lindner
Kontakt:
Juso-Hochschulgruppe
c/o SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen
kontakt@linke-kraft.de
www.linke-kraft.de

Mogelpackung im nds. Koalitionsvertrag: Langzeitstudiengebühren bleiben

Der Wechsel ist geschafft – endlich. Nach zehn Jahren schwarz-gelber Regierung in Niedersachsen erreichten SPD und Grüne bei den Wahlen am 20. Januar eine Ein-Sitz-Mehrheit im Landtag und ebneten mit dem Koalitionsvertrag unter anderem den Weg für die Abschaffung der Studiengebühren.

Doch es bleibt ein fader Beigeschmack zurück, über den sich nicht hinwegtäuschen lässt. Nicht nur, dass die allgemeinen Studiengebühren die Studierenden in Niedersachsen unter Rot-Grün voraussichtlich noch bis zum Wintersemester 14/15 belasten werden, darüber hinaus sollen auch die Langzeitstudiengebühren, anders als von den Grünen vor der Wahl versprochen, bestehen bleiben.

Die Langzeitstudiengebühren sollen Studierende automatisch bestrafen, wenn diese die Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschreiten. Allerdings sind die Betroffenen zumeist Studierende aus Nichtakademiker*innen-Haushalten, Studierende mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung, solche, die ein Kind haben, sich neben dem Studium noch engagieren wollen oder arbeiten müssen. Daher wirkt hier die soziale Selektivität von Studiengebühren besonders stark, und wir empfinden es als Farce, dass gerade eine Partei, die sich soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen schreibt, dies offenbar nicht verändern will und hinter ihre eigenen Ideale zurückfällt.

Wir finden: Soziale Gerechtigkeit darf nicht auf halber Strecke zum Erliegen kommen. Die Juso-HSG Göttingen lehnt daher jegliche Form von Bildungsgebühren ab und fordert die neue Landesregierung unter Stephan Weil dazu auf, anzuerkennen, dass auch Langzeitstudiengebühren niemals sozial verträglich gestaltbar sind. Bestehen bleibt unsere Forderung: Allgemeine Studiengebühren, Langzeitstudiengebühren und Verwaltungskostenbeiträge müssen sofort abgeschafft werden!